

# LINKES ECHO

Infoblatt der Partei **DIE LINKE.** im Ilm-Kreis

**DIE LINKE.**

Linkes Echo 17. Jahrgang

Monat Dezember 2011

Preis: Spende

Man nehme 12 Monate, putze sie sauber von Heid, Bitterkeit, Geiz, Pedanterie und zerlege sie in 30 oder 31 Teile, so dass der Vorrat für ein Jahr reicht. Jeder Tag wird einzeln angerichtet aus 1 Teil Arbeit und 2 Teilen Frohsinn und Humor. Man füge 3 gehäufte Esslöffel Optimismus hinzu, 1 Teelöffel Toleranz, 1 Körnchen Ironie und 1 Prise Takt. Dann wird die Masse mit sehr viel Liebe übergossen. Das fertige Gericht schmücke man mit Sträußchen kleiner Aufmerksamkeiten und serviere es füglich mit Heiterkeit.

*Katharina Elisabeth Goethe (1731-1808)*

**So gesehen...**

...wird mit dem ersten Schnee deutlich, dass wirklich Dezember ist und das Jahr 2011 sich dem Ende neigt. 2011, aus Sicht der LINKEN, ein eher mäßiges Jahr. Wir haben mehrfach darüber geredet.

Aber noch sind nicht alle Hausaufgaben gemacht. Die Entscheidung der Mitglieder über den in Erfurt vom Parteitag bestätigten Programmwurf steht noch aus und auch wir im Ilm-Kreis haben noch eine Aufgabe zu erledigen. Wir wollen unsere Kandidatin für die Landratswahlen am 22.

April 2012 nominieren. Kreisvorstand und Kreistagsfraktion haben sich darauf verständigt, Euch für diese Aufgabe Petra Enders vorzuschlagen.

Sie verkörpert eigentlich alles, was für einen erfolgreichen Wahlkampf notwendig ist. Powerfrau, als Bürgermeisterin erfolgreich, Landtagsabgeordnete, Frontfrau des Widerstandes gegen die 380 kV-Leitung, Organisatorin von Frauennetzwerken und sozialen Bündnissen, gut aussehend und, und, und.

Aber sie ist natürlich auch ein Mensch aus Fleisch und Blut, und Erfolge fallen ihr nicht so einfach zu, wie man meint. Dahinter steckt immer harte Arbeit. Sie schont eher andere als sich selbst und sie ist mit ihrer Heimat-

stadt und der Frauengruppe Großbreitenbach verwachsen, dass eine Trennung nach erfolgreicher Wahl und dem damit verbundenen Amtsantritt am 1. Juli nächsten Jahres schon Wunden reißen könnte, wenn es nicht vernünftig vorbereitet wird.

Petra Enders ist keine „Zählkandidatin“, sie hat die Chance, Landrätin im Ilm-Kreis zu werden. Sie wird unser aller Unterstützung brauchen, genauso wie Frank Kuschel in seinem Kampf um das Bürgermeisteramt in der Kreisstadt Arnstadt und hoffentlich auch Frank Fiebig bei der Verteidigung seines Bürgermeisteramtes in Gräfenroda.

Wenn das alles so aufgeht, wie wir uns das denken, wissen wir Ende April, Anfang Mai 2012, wo wir als LINKE im Ilm-Kreis stehen. Ich denke es wird ein gutes Ergebnis.

Bis dahin steht viel Arbeit vor dem Kreisverband, der sich an der Spitze am 21. Januar 2012 auch neu organisieren muss.

Wenn ich davon gesprochen habe, dass 2011 für DIE LINKE bundesweit eher ein mäßiges Jahr war, will ich aber auch sagen, bei aller Bescheidenheit, wir haben Flagge gezeigt. Bei einer der wichtigsten politischen Entscheidungen im Kreis, dem Bürgerbegehren „Lasst die Schule im Dorf!“, standen wir nicht nur auf der richtigen Seite. Wir haben auch mit den Stützerbachern gemeinsam gekämpft. Wenn sich jetzt abzeichnet, dass das Bürgerbegehren erfolgreich sein wird und nach Lage der Dinge der Kreistag am 4. Januar den Beschluss zur Verlagerung der Kneipp-Schule nach Schmiedefeld aufhebt, ist das auch unser Erfolg.

Das macht Mut und das sollten wir auch so verinnerlichen und Selbstvertrauen schöpfen. Genauso wie wir Selbstvertrauen daraus schöpfen können, dass auch auf der großen politischen Bühne unsere Themen zunehmend die Szenerie bestimmen: Mindestlohn, raus aus Afghanistan, keine Rente mit 67, konsequent gegen Naziterror und für NPD-Verbot und auch die so genannte „Eurokrise“, die in Wirklichkeit eine Krise des kapitalistischen Systems ist, bestärken eigentlich jeden Linken.

Aber „Linkssein“ und Weihnachten sind kein Widerspruch. Man muss an den schönsten Feiertagen auch mal innehalten können und zur Besinnung kommen, meint

Eckhard Bauerschmidt

Allen Genossinnen und Genossen und ihren Angehörigen, unseren Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie allen Wählerinnen und Wählern, die das schon mal getan haben oder dies spätestens am 22. April nächsten Jahres tun wollen, eine schöne Adventszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches Jahr 2012, das alle bei bester Gesundheit und in Frieden erleben sollen!



Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder des Kreisverbandes\*:

**Skurt, Maximilian,**  
20 Jahre, BO Gehren

\*Gemäß §2 der Bundessatzung informiert der Kreisvorstand an dieser Stelle über neue Mitglieder. Jedes Mitglied hat das Recht, innerhalb von 6 Wochen Einwände beim Kreisvorstand vorzutragen.

**Inhalt:**

<b>Die LINKE Arnstadt beschloss Strukturveränderungen und wählte einen neuen Vorstand</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Was gilt nun?</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Wegen Blockadehaltung von CDU und SPD könnten die Abwasserbeiträge in Thüringen weiter steigen</b>	<b>Seite 5</b>
<b>DIE LINKE würdigt Arbeit des Geschichts- und Technologievereins Jonastal e.V.</b>	<b>Seite 6</b>
<b>Landesparteitag der LINKEN wählte neuen Vorstand</b>	<b>Seite 7</b>
<b>Unsere Partei – DIE LINKE. – Ein Rückblick auf das Jahr 2011</b>	<b>Seite 8</b>
<b>Lehren endlich beherzigen</b>	<b>Seite 9</b>
<b>„Schlesische Straße“ ja, aber nicht am Standort eines „Zwangsarbeiterlagers“</b>	<b>Seite 10</b>
<b>Leserbriefe</b>	<b>Seite 11</b>
<b>Termine</b>	<b>Seite 12</b>

## Die LINKE Arnstadt beschloss Strukturveränderungen und wählte einen neuen Vorstand

**Aus Basisorganisationen werden Stadtteilgruppen/Alle Kraft zur Unterstützung von Bürgermeisterkandidat Frank Kuschel**

Es gelte, die „rechtspopulistische Beutegemeinschaft zu entzaubern“, brachte es der Arnstädter MdB Jens Petermann mit Blick auf die Bürgermeisterwahl auf den Punkt. Die Chancen stehen gut, da war man sich einig auf der Stadtmitgliederversammlung der LINKEN am 19. November in der „Wiesendiele“. Mit Frank Kuschel zieht ein versierter Kommunal- und

stadter, Chancen, eigene Akzente zu setzen. Die Stadtentwicklung steht dabei natürlich an erster Stelle, aber zugleich sollen die Potentiale der gesamten Region in einem Kommunalverband gebündelt werden. Ein weiterer Schwerpunkt aus LINKER Sicht ist die Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien. Dafür ein eigenes Konzept vorzulegen, war in der Arnstädter Verwaltung leider auch noch kein Thema. Bei allem setzt die Linksfraktion auf Transparenz, die Fraktionsitzungen sind öffentlich, „wir brauchen den Dialog“, unter-

anstaltungen im Rahmen der Programmdebatte, regelmäßige Infostände am Hopfenbrunnen, Gedenken – gegen Faschismus und Krieg, Ostermarsch in Ohrdruf, Proteste in Kirchheim gegen Neonazis wurden.

### Verantwortliche für Stadtteilgruppen

Die Mitgliederversammlung beschloss notwendige Strukturveränderungen. Klaus Häßner hatte dazu eine Analyse vorgelegt. Der Stadtverband hat nur noch 75 Mitglieder, auch wenn erfreulicherweise einige Eintritte auch von jungen Leuten zu verzeichnen sind. Die Mitgliederversammlung folgte dem Vorschlag, dass die Basisorganisationen aufgelöst werden und ab Januar das politische Leben über den Stadtverband Arnstadt läuft – mit möglichst eine Mitgliederversammlung pro Quartal. Es werden sechs wohnortnahe Stadtteilgruppen gebildet, in denen die Verantwortlichen die Verteilung von Informationsmaterial übernehmen und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen:



Arnstadt-West: Jens Christoph

Landespolitiker in den Wahlkampf um das Bürgermeisteramt von Arnstadt. Das hat seit Jahren Christian Köllmer aus der Wählervereinigung Pro Arnstadt – mit deutlichen Affinitäten zu Pro Deutschland – inne. Aus Altersgründen tritt er nun nicht mehr an, und neben Frank Kuschel stellen sich bisher für den 22. April weitere vier Männer, keiner mit Favoritenbonus, zu Wahl.

„Wir stehen dafür, das System Köllmer zu beenden und unsere Themen nach vorn zu bringen“, betonte der LINKE Kandidat, der ein erfahrener Stadtrat in der Kreisstadt ist und seit diesem Jahr auch Fraktionsvorsitzender. „Die Stadtspitze verharrt in Stagnation, beschränkt sich auf die Verwaltung von Vorgängen. Es fehlen Impulse – wenn wir nicht die Themen bringen, die Perspektiven eröffnen, passiert nichts.“ Frank Kuschel sieht für Arnstadt, trotz bzw. wegen seiner Lage nahe der Landeshaupt-

strich Frank Kuschel. Ab Januar findet „verstärkter Wahlkampf statt“, will er dann auch mit einem „mobilen Rathaus“ in die Wohngebiete gehen, mit den Leuten ins Gespräch kommen und dabei vor allem auch die bisher über 50 Prozent Nichtwähler erreichen.

„Wir brauchen Mann und Maus für den Wahlkampf“, so hatte es auch Stadtvorsitzende Sabine Berninger betont. Sie konnte eine eindrucksvolle Bilanz der Vorstandsarbeit in den vergangenen zwei Jahren ziehen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik wurde engagiert unterstützt, dienstags und donnerstags findet eine Beratung für Erwerbslose statt, die „gut angenommen wird“. Dass sich die LINKE erstmals auch am Stadtfest und bei den „Künsten in Haus und Hof“ beteiligt hat, sei auf „viel positive Resonanz“ gestoßen. Weitere Stichworte: Diskussionsver-

Arnstadt-Mitte: Rolf Büttner

Bereich Schönbrunn: Thomas Brückner

Ried/Lohmühlenweg: Klaus Häßner

Arnstadt-Ost: Rosedore Kutzner

Rabenhold: Klaus Henning.

### Neuer Stadtvorstand

Erneut als Stadtvorsitzende der LINKEN gewählt wurde Sabine Berninger mit mehr als 93 Prozent der Stimmen. Da keine weiteren Frauen für den Stadtvorstand kandidiert hatten, musste die Quotierung ausgesetzt werden. Alle weiteren Kandidaten wurden mit 100 Prozent der Stimmen gewählt: Enrico Brühl, Jens Christoph, Klaus Häßner, Jens Petermann und Rolf Büttner.

A. Rudolph

## Was gilt nun?

Gilt das Wort von CDU-Fraktionsvorsitzenden Andreas Beiersdorf, der vorgab, seine Fraktion, FDP und Freie Wähler würden das Bürgerbegehren „Lasst die Schule im Dorf!“ zum Erhalt der Kneipp-Schule in Stützerbach akzeptieren und auf die formale Prüfung der über 18.000 Unterstützerunterschriften und einen daraus per Gesetz folgenden Bürgerentscheid verzichten?

Oder gelten die diffusen Orakel von Fred Klemm (Freie Wähler) über das Ende des Schuldenstaates und die kurzen Beine?

Was allerdings völlig egal ist. Die Ankündigung der CDU ist kein Gnadenakt. Es könnte allenfalls das, wenn auch späte, Eingeständnis sein, im April bei der Entscheidung zu den Schulstandorten eine falsche Ent-

scheidung getroffen zu haben. Mehr nicht!

18.000 Einwohnerinnen und Einwohner des Ilm-Kreises haben das Begehren unterstützt. Das ist das Zweieinhalbfache der notwendigen Unterstützerunterschriften. Wir gehen davon aus, dass diese 18.000 auch bei einem Bürgerentscheid für die Schule im Dorf votieren würden.

Der Bürgerentscheid ist für eine saubere Lösung des Problems eigentlich die zwingende Konsequenz.

Wir fürchten ihn nicht. Sind aber gern bereit, einen entsprechenden Antrag der CDU, FDP und Freie Wähler im Kreistag auf Verzicht zu unterstützen.

Genauso wie wir bereit sind, bei einem Scheitern dieses Antrages im Kreistag, sofort mit der Unterstützung der Initiatoren für die Vorbereitung des Bürgerentscheides zu beginnen.

*Eckhard Bauerschmidt*  
*DIE LINKE*



**Gemeinsam.**

## Aus dem Kreistag berichtet

Die letzte Sitzung 2011 fand am 23. November statt. Das es die letzte sein würde konnte damals noch keiner wissen. Eigentlich war die wirklich letzte für den 21. Dezember geplant. Die, so der Landrat müsse verschoben werden, da er bis zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage sei, einen Haushaltsentwurf für das 2012 vorzulegen. Die Finanzkrise lässt grüßen!

Inzwischen hat sich die Lage für die Landkreise etwas entschärft. Für den 4. Januar 2012 ist ein Haushaltsentwurf zur Diskussion im Kreistag angekündigt.

Ein Novum kann vom 23. 11. berichtet werden: Dr. Klaus Leuner (DIE LINKE) leitete die Sitzung in Vertretung, weil die Vorsitzende, Frau Misch, im Urlaub weilte. Er machte seine Sache sehr gut.

Schwerpunkt im öffentlichen teil der Sitzung war die Änderung der Geschäftsordnung. Mehrfach verschoben und auf Drängen der Linksfraktion nachgebessert, wollten Landrat, CDU, Freie Wähler und FDP jetzt dafür „Rache“ nehmen, dass die Opposition aus Linken und SPD/Grünen im April die Debatte zur Schulnetzplanung zumindest in einer Sitzung gekippt hatte und ein zweiter Termin notwendig wurde. Linke und SPD/Grünen

agierten und stimmten gemeinsam. es reichte dennoch nicht. Ab sofort wird die Redezeit auf 5 Minuten verkürzt. Es gibt schlimmeres.

Durchgefallen ist der Antrag von SPD/Grünen, dass der Ilmkreis in den Verkehrsverbund Mittelthüringen eintritt und so mit Erfurt, Jena, Gotha, Weimar, ... seinen öffentlichen Personennahverkehr gemeinsam organisiert. Kritiker des Antrages, wie unser Kreistagsmitglied Ulf Kümmerling kritisierten den Verlust der Eigenständigkeit des Kreises und höhere Fahrpreise, die die Buskunden im Kreis treffen würden.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, der Antrag war auch lausig vorbereitet. Fraktionsvorsitzender Herbert Windmiller war nicht in der Sitzung des Kreisausschusses, als es um das Thema ging, Frau Mühlbauer nicht im Verkehrsausschuss und innerhalb der SPD gibt es mindestens 2 Meinungen zu diesem Thema. Das Thema ist aber zu wichtig, um es einfach abzubügeln. Ich habe in Absprache mit dem Kollegen Schlegel von den Grünen den Geschäftsführer des VMT, Herrn Möller, zu einer Sitzung des Umweltausschusses eingeladen. Es wird eine gemeinsame mit dem Verkehrsausschuss sein und sie wird Anfang nächsten Jahres stattfinden. Ich denke,

wir bekommen da was hin.

Im geschlossenen Teil ging es um die Umsetzung von Grundsatzbeschlüssen zur Abfallwirtschaft. Klar ist, dass das System zum 1. 1. 2014 von der Müllpauschale auf eine mengenbezogene Gebühr umgestellt werden wird. Da führt kein Weg daran vorbei, wie mir und weiteren Vertretern des Umweltausschusses Herr Kohlbeck vom Landesverwaltungsamt am 16. 11. erklärt hat. Das ist auch gut so. In allen Thüringer Landkreisen, die diesen Schritt in den letzten Jahren gegangen sind, ging danach das Müllaufkommen zurück.

Kritisch sehen wir die europaweite Ausschreibung der Entsorgungsdienstleistung. Wir plädieren für einen kommunalen Eigenbetrieb

Immerhin haben wir damit soviel Druck aufgebaut, dass sich der Landrat veranlasst sah, seinen Antrag zurückzuziehen. Er wird im neuen Jahr behandelt.

*Eckhard Bauerschmidt*  
*Fraktionsvorsitzender*

## Wegen Blockadehaltung von CDU und SPD könnten die Abwasserbeiträge in Thüringen weiter steigen

CDU und SPD haben am 17. November im Thüringer Landtag den Weg für weitere Erhöhungen der Abwasserbeiträge freigemacht. Die Forderung der LINKEN, wonach den Zweckverbänden gesetzlich untersagt wird, so genannte Nacherhebungen bei den Abwasserbeiträgen durchführen können, haben CDU und SPD abgelehnt.

Wieder einmal hatten Gerichte die völlig verwirrenden Regelungen im Thüringer Kommunalabgabengesetz in eine Richtung ausgelegt, die keinesfalls bürgerfreundlich ist und zudem für die Zweckverbände ein Freibrief für weitere Beitragserhöhungen darstellt.

Rund zwei Drittel der Thüringer Abwasserzweckverbände und Aufgabenträger erheben Abwasserbeiträge und finanzieren dadurch ein Teil ihrer Investitionen. Bisher mussten die Zweckverbände den höchstmöglichen Abwasserbeitragsatz durch eine so genannte Globalberechnung ermitteln. Diese Globalberechnungen haben oftmals eine Laufzeit von bis zu 40 Jahren. Da für einen solchen Zeitraum kaum gesicherte Prognosen möglich sind, haben DIE LINKE und Bürgerinitiativen diese Form der Kostenermittlung heftig kritisiert.

Die Bürgermeister konnten bisher, ausgehend von diesem höchstmöglichen Abwasserbeitragsatz, einen geringeren Beitragsatz in der Abwasserbeitragsatzung bestimmen. Auf

diesen satzungsmäßigen Beitragssatz konnten die Bürger bisher vertrauen. Dieses Vertrauen ist überholt.

Nummehr können die Zweckverbände den satzungsmäßigen Abwasserbeitragsatz bis zur Grenze des höchstmöglichen Beitragssatzes in der Glo-

**Sozial auch nach der Wahl!**  
**DIE LINKE.**  
**Kämpft**

Für sichere Arbeitsplätze, den Mindestlohn und bessere Bildung für alle. Gegen soziale Benachteiligung und die Zweiklassen-Medizin. Konzerne und Reiche höher besteuern, damit es hierzulande endlich gerecht zugeht.

www.fuer-gerechtigkeit.de

balberechnung jederzeit erhöhen. Diese so genannte Nacherhebung betrifft auch alle Bürger, die bereits einen Abwasserbeitrag gezahlt haben und davon ausgehen konnten, dass keine weiteren Zahlungen zu erwarten sind. Die Zweckverbände wird es freuen. Sie können nun nochmals und mehrfach die Bürger zur Kasse bitten. Und weil die Abwasserbeiträge unabhän-

gig vom Verbrauch erhoben werden, müssen die Zweckverbände bei weiteren Abwasserinvestitionen nicht auf die Kosten achten. Schon jetzt sind fast vier Milliarden Euro in Abwasseranlagen in Thüringen investiert. Doch trotz Bevölkerungsrückgang – mit der Folge, dass weniger Abwasser anfällt – wollen die Zweckverbände nochmals über drei Milliarden Euro in den nächsten Jahren investieren. In keinem anderen Bundesland werden derart hohe Summen für die Abwasserreinigung ausgegeben.

CDU und SPD wollen die nun sichtbar gewordene Regelungslücke nicht schließen und tragen damit die Hauptverantwortung für die weitere finanzielle Belastung der Bürger. Im Übrigen hat sich DIE LINKE bei ihrem Vorschlag an der Regelung in Baden-Württemberg orientiert. Dort sind bereits seit Jahren Nacherhebungen bei den Abwasserbeiträgen gesetzlich untersagt und dies hat die örtliche CDU im Süden der BRD mitgetragen. Jetzt gilt es, den Druck zu erhöhen. Das System der Abwasserbeiträge ist nicht reformierbar und deshalb muss es abgeschafft werden. Hier sind sich DIE LINKE und Bürgerinitiativen einig.

*Frank Kuschel*

[www.die-linke-ilmkreis.de](http://www.die-linke-ilmkreis.de)



Wasser-Abwasser  
**Widerspruch**

Regionalausgabe für Arnstadt und Umgebung erhältlich in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE und im Wahlkreisbüro von Sabine Berninger. Bestellungen auch unter 03628 660624.

## DIE LINKE würdigt Arbeit des Geschichts- und Technologievereins Jonastal e.V.

Seit vielen Jahren leistet der Jonastalverein eine anerkennenswerte Arbeit bei der Erforschung des Speziallagers III im Jonastal. Im Mittelpunkt steht dabei das Schicksal der politischen Häftlinge und Kriegsgefangenen, die im Jonastal bei Arnstadt militärische Anlagen für die Faschisten errichten mussten. Die Opfer gehen dabei in die Tausende. Der Verein hat im Jonastal und im Dokumentationszentrum Arnstadt die Vorgänge des Speziallagers III veranschaulicht und trägt somit zur aktiven Auseinandersetzung mit diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte bei. Diese Geschichtsaufarbeitung gewinnt gerade gegenwärtig mit Blick auf die Enthül-

lungen zum Neonaziterror an Bedeutung.

Im Rahmen seiner Mitgliederversammlung wurde dem Verein jetzt eine Spende der „Alternative 54 e.V.“ durch den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Stadtrat Arnstadt, MdL Frank Kuschel, überreicht. Die Spende geht auf eine Initiative der Landtagsabgeordneten der LINKEN aus Arnstadt, Sabine Berninger, zurück.

Die „Alternative 54 e.V.“ ist ein Zusammenschluss von Landtagsabgeordneten der LINKEN und nimmt Bezug auf Artikel 54 der Landesverfassung Thüringens.

In diesem Artikel ist die umstrittene automatische Diätenerhöhung für

Landtagsabgeordnete geregelt. Die Linksfraktion lehnt diesen Diätenautomatismus ab und fordert stattdessen die Kopplung der Abgeordnetendiäten an den Tarif für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst oder die Rentenentwicklungen.

Seit 1995 spenden die Abgeordneten der LINKEN (bzw. der früheren PDS bzw. Linkspartei.PDS) die Diätenerhöhungen an soziale Projekte und Vereine. Fast 2.000 Projekte wurden seitdem mit über 700.000 Euro gefördert.

*Frank Kuschel*

*Fraktionsvorsitzender im Stadtrat*

### Spendenaufruf für das Kommunalwahljahr 2012

Liebe Genossinnen und Genossen, im Jahr 2012 gilt es für unseren Kreisverband zwei wichtige Wahlen zu meistern. Zum einen wird der Landrat des Ilm-Kreises neu gewählt und es sind Bürgermeisterwahlen. Wir möchten auch zu diesen Wahlen Gesicht zeigen und unsere Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen. Unsere Chancen sind sehr gut. Neben vielen helfenden Händen benötigen wir vor allem viel Geld. Geld, welches die Partei nicht alleine aufbringen kann. Aus diesem Grund bitten wir Dich um eine Spende.

Bitte setze Dich mit Deinem Parteigruppenleiter oder der Geschäftsstelle in Arnstadt, 03628 602795, in Verbindung.

Jeder Betrag zählt, wir brauchen jeden Cent!

Solltest du eine Einkommensteuererklärung anfertigen, kann Dir der Schatzmeister eine für das Finanzamt gültige Spendenbescheinigung ausstellen.

Überweisung bitte auf folgendes Konto:

**Kontonummer: 1800018871**

**BLZ: 84051010**

**bei der Sparkasse Arnstadt-Ilmenau**

Vielen Dank, der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. im Ilm-Kreis.

**[www.die-linke-ilmkreis.de](http://www.die-linke-ilmkreis.de)**

## Landesparteitag der LINKEN wählte neuen Vorstand

**Knut Korschewsky mitdeutlicher Steigerung als Landesvorsitzender wiedergewählt, Anke Hofmann neue Landesgeschäftsführerin.**

Am 5. und 6. November fand unter dem Motto: Genug gekürzt! Kommunen demokratisch und sozial gestalten. die 1. Tagung des 3. Landesparteitages der LINKEN in Thüringen statt.

Auf diesem Parteitag wurde der neue Landesvorstand der LINKEN in Thüringen gewählt und die Wahlstrategie für das Jahr 2012, für die Wahlen der Landräte, Oberbürgermeister und hauptamtlichen Bürgermeister, beschlossen.

Dem Landesvorstand gehören 20 Mitglieder, zehn Frauen und zehn Männer:

Knut Korschewsky (Vorsitzender), Susanne Hennig (stellv. Vorsitzende), Sandro Witt (stellv. Vorsitzender), Anke Hofmann (Geschäftsführerin), Holger Hänsgen, (Schatzmeister), Angela Hummitzsch, Thomas Bienert, Sigrid Hupach, Sascha Bilay, Ines Leukefeld, Christian Engelhardt, Ute Lukasch, Bernd Fundheller, Anja Müller, Steffen Harzer, Birgit Pätzold, Ralf Hauboldt, Jenny Renner, Steffen Kachel, Michael Sojka.

Im Folgenden Auszüge aus dem UNZ-Bericht zum Landesparteitag von Thomas Holzmann:

Ungewöhnlich voll für einen Landesparteitag war die Pressetribüne am 5. November im Sömmerdaer Volkshaus. Die Medienvertreter warteten händereibend auf den großen Skandal, die hasserfüllte Schlammschlacht, die sie so gerne in DIE LINKE hineingetragen hätten. Doch sie blieb aus. Mit einer deutlichen Steigerung seines schwachen Wahlergebnisses von Schleiz 2009 wurde Knut Korschewsky als Landesvorsitzender bestätigt – 68,4 Prozent der Delegierten stim-

men für den seit 2006 amtierenden Vorsitzenden. Zweifelsfrei ist das eine Anerkennung für seine Arbeit in den letzten zwei Jahren.

Trotz des hauptsächlich demografisch bedingten Mitgliederrückgangs ist der Thüringer Landesverband gut aufgestellt und wird von manchen beneidet, wie Parteichef Klaus Ernst und der hessische Landesvorsitzende Ulrich Wilken betonten. Auch die Bundestagsabgeordneten Luc Jochimsen und Ralph Lenkert bekräftigten, dass manche ihrer Kollegen in Berlin die Thüringer beneiden, weil ihnen der Lan-

desverband den Rücken frei hält, damit sie sich auf ihre fachliche Arbeit konzentrieren können. Neben diesen lobenden Worten dürften vor allem auch die zahlreichen Regionalkonferenzen, auf denen intensiv über das Parteiprogramm und die Strategie für die nächsten Jahre mit der Basis debattiert wurde, zu dem guten Ergebnis Korschewskys beigetragen haben. Der Landesvorsitzende hatte in seiner Rede selbstkritisch drauf hingewiesen, dass die Einbeziehung der Basis früher nicht immer so war, wie es sein sollte.

Korschewskys Gegenkandidat Steffen Harzer, dem im Vorfeld durchaus von manchen 50:50-Chancen eingeräumt wurden, erhielt 27 Prozent und zeigte sich im Anschluss als fairer Verlierer. Dass während der Vorstellung der Kandidaten kurzzeitig die Emotionen hochkochten, als sich Harzer gegen

den Vorwurf, er würde nach mehr Kompatibilität zur SPD suchen, zur Wehr setzte, ist verständlich und zeugt davon, dass DIE LINKE eine lebendige und zugleich diskussionsfreudige Partei ist. Aber selbst das reichte den Medien nicht aus, um einen großen Skandal aufzublasen. Zumal Steffen Harzer selbst darauf verwiesen hatte, dass Streit nicht als Bedrohung aufgefasst werden dürfe und keiner vor unterschiedlichen Meinungen Angst haben müsse. Seine erfolgreiche Kandidatur für den Landesvorstand zeigt, dass er sich trotz der Wahlniederlage weiter aktiv im Landesverband engagieren wird. Angesichts der Bürgermeister- und Landratswahlen im nächsten Jahr dürfte seine kommunalpolitische Expertise – er ist seit Jahren sehr erfolgreicher Bürgermeister von Hildburghausen – ohnehin unverzichtbar sein.

Neu gewählt wurden die Landesgeschäftsführerin Anke Hofmann und die Stellvertreter des Landesvorsitzenden, Susanne Hennig und Sandro Witt, beide erst Anfang 30. Damit soll auch ein Signal der Verjüngung gesendet werden. Das Vertrauen der Basis in die Parteiführung ist nach diesem Landesparteitag gewachsen, was sich der Landesvorsitzende durchaus auf seine Fahnen schreiben kann. Besonders die zahlreichen Regionalkonferenzen haben die Basis offenbar besser in die politische Arbeit des Landesverbandes integriert. Angegangen werden muss aber, neben den anstehenden Wahlen im nächsten Jahr, vor allem die Problematik des Mitgliederrückgangs, denn auch daran wird sich die Parteiführung spätestens in zwei Jahren messen lassen müssen.



## Unsere Partei – DIE LINKE. – Ein Rückblick auf das Jahr 2011

In diesen Dezembertagen richtet sich der Blick zurück auf das nunmehr zu Ende gehende Jahr.

Was war das für ein Jahr?

Es waren die Aufstände der Völker im arabischen Raum. Die Menschen in diesem Teil der Erde begannen, sich von ihren Diktatoren zu befreien. Unter Ausnutzung eines Beschlusses des Weltfriedensrates der UN führte die NATO einen Vernichtungskrieg in Libyen. Man zeigte militärische Stärke und Gewalt auf der Grundlage der UN-Entscheidung, die Bevölkerung vor ihrem Diktator schützen zu wollen. In Ägypten kämpfen die Menschen weiter um ihre Befreiung. Sie, die sich auch unter Duldung der Militärs von ihrem Diktator befreien, ringen nun gegen diese Militärs, um ihre endgültige Befreiung. Der Krieg in Afghanistan geht mit aktiver Beteiligung der Bundeswehr – aber auch mit Toten – weiter.

Die atomare Katastrophe in Japan stärkte die Antiatombewegung auch in der BRD. Es war ein Aufwind für DIE GRÜNEN, wie die Landtagswahlresultate zeigten. Gegen den Willen und die Macht der Atomlobby war die Bundesregierung unter dem Druck der Ereignisse gezwungen, halbherzige Beschlüsse zum Atomstopp zu fassen.

Zur Rettung der Banken und zur Sicherung ihrer Profite, zur sogenannten Stabilisierung des EURO, wurden immer neue Rettungsschirme aufgespannt, die begleitet sind von Sparmaßnahmen, in erster Linie an den Ärmsten der Armen. Die Einkommensdifferenz zwischen Arm und Reich wurde auch 2011 wieder größer.

Neonazis und Rechtsextremisten, wie der „Thüringer Heimatbund“ und der „Nationalsozialistische Untergrund“, konnten sich unter dem Schutz der Verfassungsschützer weiter ausbreiten und, wie bisher bekannt, zehn Menschen ermorden (durch rechtsextreme Gewalttäter kamen in den vergangenen 20 Jahren in Deutschland mehr als 150 Menschen ums Leben). Erst, als dies offen zutage trat, begannen die „öffentlichen Untersuchungen“, die immer neue Netze von „Kamerad-

schaften“ und andere neofaschistische Gruppierungen „entdeckten“. Sogar ein Verbot der NPD, lange abgelehnt, kommt nunmehr wieder in die öffentliche Diskussion. Es ist dieses kapitalistische System, das diesen Sumpf deckt, aber auch braucht, um seine Macht zu erhalten und zu sichern.

Soweit zu äußern und inneren gesellschaftlichen Bedingungen dieses Jahres 2011.

Es war ein „Superwahljahr“, dem sich unsere Partei zu stellen hatte. In dem Artikel „Am Ende eines Wahljahres – Vor dem Erfurter Parteitag 2011“ in der Oktoberausgabe von „Linkes Echo“ wurden dazu Aussagen getroffen, die hier nicht noch einmal dargestellt werden müssen. Viele Einflüsse von außen und auch im Inneren der Partei wirkten auf die Wahlergebnisse für unsere Partei ein. Unter diesen Bedingungen war es schwer, die selbst gesteckten Wahlziele zu erreichen. Jedoch sind unter diesen Bedingungen die erreichten Wahlergebnisse im Jahr 2011 positiv zu bewerten. Sicher, das Berliner Wahlergebnis ist auch ein „Hausgemachtes“, das schmerzt.

Um noch einmal diese Bedingungen die von außen, durch die Medien, aber auch durch nicht wenige unserer eigenen Genossen gefördert wurden, nach dem Motto „Man muss über jeden Stock springen, der einem hingehalten wird“, zu benennen, war dies für unsere Wahlergebnisse nicht förderlich. An dieser Stelle noch einmal die Themen:

Der Aufsatz von Gesine Löttsch in der Tageszeitung „junge Welt“, gedacht für die Debatte auf der alljährlichen Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ unter dem Thema „Wohin bitte gehts zum Kommunismus“. Da waren die Debatten um den 50. Jahrestag des 13. August 1961, um die Titelseite der Tageszeitung „junge Welt“ am 13. August 2011 und am gleichen Tag der Landesparteitag der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, die Debatte um den Brief der Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst zum 75. Ge-

burtstag an Fidel Castro, die Antisemitismusdebatte, die Stalinismus-Debatte, die sich an einer Rezension von Oskar Lafontaine entzündete, der formuliert hatte, „die Linkspartei dürfe in der Stalinismusdebatte nicht den aufrechten Gang verlieren“. Unmittelbar vor dem Erfurter Parteitag entzündete sich ausgehend von Entwurf des Leitantes des Parteivorstandes an den Erfurter Parteitag die Debatte zur UNO und damit zur Problematik der Einzelfallprüfung.

Es gab in diesem Jahr regelmäßige Angriffe auf die Parteiführung, die insbesondere an die Adresse von Gesine Löttsch und Klaus Ernst gerichtet waren. Dazu bemerkte Oskar Lafontaine zu recht in seiner Rede auf dem Erfurter Parteitag, wenn die Parteiführung angegriffen wird, so ist es die Pflicht der Partei, sich schützend vor diese zu stellen. Die Debatten auf dem Erfurter Parteitag und die Annahme des Parteiprogramms durch 96,6 Prozent der Delegierten zeigten, dass die Parteibasis zu diesem Programm stand, der nunmehr Parteiprogramm ist.

Trotz all der hier dargelegten Probleme beweist die Annahme des Erfurter Programms die Stärke der Partei und der von der Parteibasis gewählten Parteitagsdelegierten, was bei Verständigung über Kompromisse möglich ist.

Wenn auch die Personalfrage zur Unzeit wieder aufgebrochen ist, so geht es jetzt darum, die Urabstimmung zum Parteiprogramm durch alle Mitglieder erfolgreich zu Ende zu bringen, uns den Vorbereitungen des kommenden Parteitages in Göttingen zu widmen sowie einen aktiven Wahlkampf zu den Landrats- und Bürgermeisterwahlen in Thüringen und vor allem auch in unserem Kreis zu führen.

Das Jahr 2012 steht vor der Tür. Uns alle erwarten neue und nicht minder anstrengende Aufgaben.

*Jochen Traut*

## Lehren endlich beherzigen 100 Jahre Truppenübungsplatz sind genug/es ist Zeit für friedliche Vielfalt

Als 1989/1990 die Zeit des kalten Krieges und die Zeit des Gegenüberstehens zweier mächtiger Militärblöcke zu Ende ging, hatten viele Menschen der Region den Wunsch, dass mit dem Auflösen der Frontlinie mitten in Deutschland auch der Truppenübungsplatz Ohrdruf zum zivilen Gelände würde. Damals, fast schon 100 Jahre, alt mahnte er schon wie 1945 deutlich: Nie wieder! Für zwei Weltkriege war hier geübt worden, ihre Ergebnisse brachten nur Leid und im Zusammenhang mit beiden Kriegen waren hier Gefangene aus den jeweils gegnerischen Nationen interniert. Dass aus dem kalten Krieg kein heißer wurde, sei bis heute Dank.— Vorbereitungen auf einen neuerlichen, diesmal noch verheerenderen Waffenangriff, sind auch hier gelaufen. Die Einwohner der umliegenden Orte waren hohen Belastungen ausgesetzt, umso verständlicher lautete eine der Forderungen Anfang der 1990er Jahre „Nie wieder Truppenübungsplatz Ohrdruf“. Diese fand, wie so manch anderer Wunsch jener für eine friedvollere Weichenstellung offenen Zeit, kein Gehör. Was in zahlreichen Gesprächen in einer gemischten zivil/militärischen Arbeitsgruppe, in der neben den Landräten aus den Landkreisen Gotha und Arnstadt sowie Bürgermeister auch die Bürgerinitiative mit ihrem Sprecher vertreten war, ausgehandelt werden konnte: die Übungsintensität wird reduziert.

Inzwischen hat der Platz seine militärische Tradition auf über hundert Jahre gebracht, die Welt ist nicht sicherer geworden und es wird mit jedem neuen Tag immer deutlicher: Mit Waffen sind die Probleme unserer Zeit nicht zu lösen. Im Gegenteil, die Probleme und ungelösten Fragen werden immer größer, finanzielle Lasten und menschliches Leid haben Zuwachs bekommen.

Seit der zuständige Minister sich über eine neue Struktur der Bundeswehr und die damit verbundene Aufgabe des Übungs-Standortes Ohrdruf geäußert hat, gibt es Hoffnung, dass nun endlich Vorstellungen für eine friedliche Alternative Erfüllung finden. Doch auch im gestrigen Denken Ver-



harrende melden sich zu Wort. Nach deren Vorstellungen soll es weitere 100 Jahre oder mehr im Sinne militärischer Erträge, fragwürdiger Arbeitsplätze und der Saat für neues Leid und der Fehlleitung finanzieller Mittel geben.

Im ILM-Kreis machen sich Mitglieder eines Friedenskreises, anknüpfend an die Ideen der Bürgerinitiative der 1990er Jahre, Gedanken über eine sinnvolle alternative Nutzung des Areals. Dabei sollen nach den bisherigen Überlegungen unter Berücksichtigung der Besonderheiten dieses Platzes die Bewahrung des hohen Gutes Fauna/Flora, das mahnende Gedenken für den Frieden, ein schonender Tou-

rismus und eine möglicherweise sanftere Nutzung für erneuerbare Energien im Mittelpunkt stehen. Bürger der angrenzenden Orte und Politiker sind aufgefordert, sich verantwortungsbewusst einzumischen wenn es um die Zukunft dieses Stückchen Heimat geht. Wie 1989/1990 sind persönliches Engagement und Mittun vieler gefragt, es gibt erneut die Chance für eine Weichenstellung künftiger Entwicklung.

*H.J. Rudolf*



## „Schlesische Straße“ ja, aber nicht am Standort eines „Zwangsarbeiterlagers“

Es ist unverständlich, dass die Fraktion „Pro Arnstadt“ im Straßennamensstreit „Schlesische Straße“ im Gewerbegebiet „An der Bachschleife“ keinerlei Kompromissbereitschaft und politische Verantwortung für geschichtliche Vorgänge zeigt.

Am Standort „Bachschleife“ befand sich bis 1945 ein Zwangsarbeiterlager. Deshalb hält es DIE LINKE für problematisch, gerade hier mit der Straßenbezeichnung „Schlesische Straße“ an die Vertreibung und die Aufbauleistungen der Vertriebenen in Arnstadt zu erinnern.

Wenn es der Bund der Vertriebenen für unabdingbar hält, an das Schicksal der Vertriebenen und deren Aufbauleistung auch noch durch eine Straßenbezeichnung zu gedenken, stellt dies für DIE LINKE kein grundsätzliches Problem dar, auch wenn es bereits diesbezüglich einen Gedenkstein auf dem Friedhof und Gedenktafeln im Rathaus gibt. Dabei müssen sich der Bund der Ver-

triebenen und „Pro Arnstadt“ jedoch fragen lassen, weshalb eigentlich nicht alle Vertriebenen in die Gedenkkultur einbezogen werden, sondern nur eine ausgewählte Gruppe.

Es kann aber auch für den Bund der Vertriebenen kein Interesse dabei geben, gerade an einem Ort, der historisch durch faschistische Verbrechen geprägt ist, an die Vertreibung und die Aufbauleistung der Vertriebenen zu erinnern.

Nach Überzeugung der LINKEN gibt es in Arnstadt durchaus Alternativen für eine Straßenbenennung „Schlesische Straße“. Die Fraktion DIE LINKE hat im Hauptausschuss drei solche Alternativen vorgeschlagen. Derartige Straßenbenennungen wären im neu entstehenden

Wohngebiet „Wachsenburgblick“, bei der Westererweiterung des Industriegebietes „Erfurter Kreuz“ und bei der Nachnutzung des ehemaligen Wohngebietes am Stadion „Rudisleben“ möglich. Bedauerliche Weise wurden diese Vorschläge von „Pro Arnstadt“ nicht

aufgegriffen. Dadurch drängt sich der Verdacht auf, dass es „Pro Arnstadt“ nicht ausschließlich um die Erinnerung an das Schicksal der Vertriebenen und deren Aufbauleistung in Arnstadt gehe, sondern auch um einen politisch motivierten Umgang mit Geschichte in der Stadt, der sich nur auf politisch genehme Ereignisse bezieht.

Für DIE LINKE gehört das Leid der Zwangsarbeiter ebenso zur Stadtgeschichte wie das Schicksal der Vertriebenen. Und bei der Beschäftigung mit diesen geschichtlichen Ereignissen muss man auch Augenmaß und Sensibilität walten lassen. Der Vorstoß von „Pro Arnstadt“ ist demgegenüber aber eher als Provokation zu verstehen. Hier sollte sich der Bund der Vertriebenen nicht instrumentalisieren lassen. DIE LINKE steht für einen Ausgleich.

*Frank Kuschel  
Fraktionsvorsitzender*

### Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit lade ich Euch zur Kreismitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. IIm-Kreis für

**Sonnabend, den 10. Dezember,  
um 9.30 Uhr  
nach Arnstadt in die Stadthalle**

recht herzlich ein.

### **Tagesordnung:**

- **Wahl der/des Landratskandidatin/en für die Kommunalwahlen in 2012**
- **Wahl von Delegierten/Ersatzdelegierten zum Landes/Bundesparteitag**

Eckhard Bauerschmidt  
Kreisvorsitzender

## JA für das Parteiprogramm abgegeben

**Zur Urabstimmung über unser, auf dem Erfurter Parteitag beschlossenes, Parteiprogramm**

Liebe Genossinnen,  
 liebe Genossen,

wie Euch bekannt ist hat der Erfurter Parteitag im Monat Oktober mit 96,6 Prozent der Delegiertenstimmen unser neues Parteiprogramm beschlossen. Um diesem neuen Programm noch mehr Stimme und Gewicht zu geben, hatte der Parteivorstand dazu das Votum aller Mitglieder einzuholen. Mit solch einem Votum wird nochmals das Gewicht eines solchen Pro-

gramms in der Partei und der Öffentlichkeit hervorgehoben.

Ihr habt als Mitglieder der Partei vor einigen Wochen bereits die Unterlagen für diese Urabstimmung erhalten. Eine Vielzahl von Genossinnen und Genossen hat diesen Stimmzettel sicherlich mit einem JA für das Parteiprogramm abgegeben.

Nunmehr bitten wir auch diejenigen Genossinnen und Genossen, die aus den unterschiedlichsten Gründen den Stimmzettel noch nicht abgegeben haben, ihrer Pflicht gegenüber der Partei in den nächsten Tagen noch Nachzukommen.

Den Briefumschlag mit dem Stimmzettel, könnt ihr direkt nach Berlin in das Karl-Liebknecht-Haus per Post

schicken. Auch der Versand an den Landesvorstand per Post nach Erfurt ist möglich. Am günstigsten ist es jedoch, diesen Brief direkt in einer der beiden Geschäftsstellen bzw. Wahlkreisbüros unserer Landtagsabgeordneten in Arnstadt und Ilmenau abzugeben.

Dies muss aber umgehend geschehen, denn der späteste Abgabetermin beim Landesvorstand ist der 15. Dezember. Der Mitgliederentscheid wird am 18. Dezember ab 10 Uhr in der Bundesgeschäftsstelle ausgezählt.

*Mit solidarischen Grüßen,  
 als Delegierter dieses Erfurter Parteitages*

## Zum SPD-Parteitag

„Demokratie und Gerechtigkeit“ war als Parteitagsthematik zu lesen gewesen, was sowohl ein Zeichen von Vergesslichkeit als auch von Unverfrorenheit sein kann: Es war doch gerade die SPD, die in Regierungsverantwortung mit den Grünen ungeachtet aller Proteste die Unfreiheit durch Arbeitslosigkeit mit dem Unrecht von Armut per Gesetz noch verschärfte. Es war auch die SPD, die gemeinsam mit den Grünen den Katastrophen von 1918

und 1945 zum Trotz erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg die Beteiligung an Kriegen in aller Welt durchpeitschte. Mit Demokratie und Gerechtigkeit hat das ebenso wenig zu tun wie mit dem christlichen Grundsatz „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, dem doch beispielsweise ein Spitzenpolitiker wie der Theologe Christoph Matschie verpflichtet sein muss. Nicht weniger erschütternd ist, dass mit Helmut Schmidt ausgerech-

net der Mann Beifall erhielt, der vor knapp 30 Jahren als Kanzler mit der von ihm auf Grund falscher Zahlen und Auslegungen „entdeckten“ angeblichen „Raketenlücke“ einen äußerst gefährlichen Rüstungswettlauf eingeleitet hatte.

*H.-J. Weise*

**Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.**

**Büros im ILMkreis:**

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Zimmerstraße 6; Tel./Fax: 03628/602795;  
 Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 16 bis 18 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topfmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;  
 Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro der MdL Sabine Berninger in Arnstadt ;  
 Zimmerstraße 6; Tel: 03628/660624 - Fax 03628/660771; E-Mail: WKB-Berninger@t-online.de; www.sabineberninger.de

Wahlkreisbüro der MdL Petra Enders in Ilmenau  
 Topfmarkt 4 Tel: 03677/209873 - Fax: 03677/461549; E-Mail: info@petraenders.de; www.petraenders.de

**Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:**

- 05.12.11 19.00 Uhr Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 05.12.11 17.00 Uhr Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 09.12.11 19.00 Uhr Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6, Geschäftsstelle DIE LINKE

**Stadtrats-/Kreistagssitzungen:**

- 08.12.11 16.00 Uhr Stadtrat. Ilmenau; Rathaus
- 08.12.11 16.00 Uhr Stadtrat. Arnstadt; Rathaus
- 20.12.11 18.00 Uhr Stadtrat. Arnstadt; Rathaus



**Basisorganisationen:**

- 06.12.11 09.30 Uhr Basisvorsitzende nördlicher Iilm-Kreis. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff

**Gesundheit, Glück und Wohlergehen für das Jahr 2012!**  
**Immer genug Lebensfreude, Energie und Kampfesmut. Rüttelt auch weiter an den Verhältnissen und lasst Euch nicht ins bürgerliche Bockshorn jagen! d. Red.**

**Fraktionssitzungen:**

- 05.12.11 17.30 Uhr Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 05.12.11 19.00 Uhr Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße; Landratsamt
- 05.12.11 17.00 Uhr Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 06.12.11 17.00 Uhr Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 12.12.11 17.00 Uhr Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE

**Weitere Veranstaltungen:**

- 10.12.11 09.30 Uhr Kreismitgliederversammlung DIE LINKE.Iilm-Kreis. Arnstadt; Stadthalle
- 14.12.11 15.00 Uhr Renten- und Mietensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 17.12.11 14.00 Uhr Weihnachtsfeier des Stadtverbandes DIE LINKE. Arnstadt; Stadtbrauerei/Wiesendiele
- 19.12.11 17.00 Uhr Gemeinsame Beratung des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion. Bösleben; „Bauernscheune“

**Erste Termine für das Jahr 2012:**

- 02.01.12 19.00 Uhr Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 04.01.12 14.00 Uhr Kreistag. Arnstadt; Stadthalle
- 21.01.12 09.00 Uhr Kreismitgliederversammlung DIE LINKE.Iilm-Kreis. Elgersburg, Schmückerstraße; Hotel „Am Wald“



**Impressum**

*Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.*  
*Langweiliger Prophet*

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de  
 Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.01. 2012. Auch im Netz unter: <http://www.die-linke-ilmkreis.de>